

Ausländerfeindlichkeit und Neoliberalismus als Elemente populistischer Politik? Zum Wandel der Einstellungen der ÖsterreicherInnen zwischen 1998 und 2003

Schulz, Wolfgang; Weiss, Hilde

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schulz, W., & Weiss, H. (2005). Ausländerfeindlichkeit und Neoliberalismus als Elemente populistischer Politik? Zum Wandel der Einstellungen der ÖsterreicherInnen zwischen 1998 und 2003. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 34(4), 395-411. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-63515>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Wolfgang Schulz / Hilde Weiss (Wien)

Ausländerfeindlichkeit und Neoliberalismus als Elemente populistischer Politik?

Zum Wandel der Einstellungen der ÖsterreicherInnen zwischen 1998 und 2003.¹

In dem Beitrag wird untersucht, ob fremdenfeindliche und neoliberale Ideologien, die in den vergangenen Nationalratswahlen noch eine wichtige Rolle spielten, auch nach den letzten Wahlen (2002) noch attraktiv sind. Anhand repräsentativer Befragungen wird gezeigt, wie sich die Einstellungen der AnhängerInnen der österreichischen Parteien zwischen 1998 und 2003 verändert haben. Die Ergebnisse zeigen, dass die beiden Dimensionen Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus zu beiden Zeitpunkten erheblich korrelieren. Ausländerfeindlichkeit hat in der Bevölkerung zwischen den beiden Beobachtungszeitpunkten zwar nur unwesentlich abgenommen, die Attraktivität neoliberaler Maßnahmen und Ideen hat jedoch stark an Boden verloren. 1998 waren die AnhängerInnen der beiden rechten Lager in der Einstellungsdimension Neoliberalismus nahe beisammen, auch SPÖ-AnhängerInnen fühlten sich, wenn auch nicht im selben Ausmaß, von einer neoliberalen Ideologie angesprochen. 2003 rücken aber sowohl SPÖ- als auch ÖVP-AnhängerInnen von neoliberalen Haltungen ab, nur die FPÖ-SympathisantInnen (2003 rund auf die Hälfte reduziert) halten diesen Standpunkt aufrecht. Die Gewinnformel aus „Ausländerfeindlichkeit plus neoliberale Politik“ war also zu Ende der 90er Jahre durchaus erfolgreich, hat aber inzwischen an Anziehungskraft verloren. 1998 waren noch rund ein Drittel der ArbeiterInnen sowohl fremdenfeindlich als auch neoliberal eingestellt, 2003 geht dieser Anteil auf ein Fünftel zurück.

Keywords: Einstellungen, Neoliberalismus, Ausländerfeindlichkeit, Populismus, politische Parteien attitudes, neoliberalism, xenophobia, populism, political parties

1. Hintergrund und Fragestellung

Das Koalitionsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ im Jahr 2000 hat damals nicht nur in den Ländern Europas Überraschung – und Ablehnung – ausgelöst, auch in Österreich war eine Koalition zwischen diesen beiden Parteien weder populär (wie damalige Umfragen zeigten) noch aufgrund ihrer ideologischen Schwerpunkte unbedingt zu erwarten gewesen. So bezeichnete sich die FPÖ inzwischen selbst schon als „die“ (echte) Arbeiterpartei (aufgrund des Stimmenwechsels vieler ArbeiterInnen von der SPÖ zur FPÖ bei den Nationalratswahlen 1999), und programmatisch wichtige Themen – wie

Ablehnung von Immigration und harsche Ausländerpolitik, diverse Anti-EU-Kampagnen (gegen Euro, gegen Erweiterung etc.) – standen im krassen Gegensatz zur ÖVP-Linie. So hatte man schließlich den Eindruck, dass die Sanktionen der EU und der dadurch hervorgerufene Patriotismus in der Bevölkerung zum Zusammenhalt der beiden Regierungsparteien viel beigetragen haben.

In Österreich liegen zahlreiche Analysen vor, die sich aus politikwissenschaftlicher Sicht mit der FPÖ, ihrem Aufstieg bis hin zu ihrer Regierungsbeteiligung befassen (z.B. Ulram 2000; Pelinka 2002; Luther 2003; Frölich-Steffen 2004) und sich mit den EU-Sanktionen

sowie den Veränderungen des demokratischen Systems seit 2000 auseinandersetzen (z.B. Pelinka/Plasser/Meixner 2000; Karlhofer/Melichor/Sickinger 2001; Müller 2004). Empirische Analysen untersuchen vor allem die soziodemografischen Strukturen und Motivationen der WählerInnen und deren Wandel (zur Nationalratswahl 2002 vgl. Plasser/Ullrich 2003), während die regelmäßig in den Medien publizierten Meinungsbefragungen meist nur darüber berichten, wie bestimmte Persönlichkeiten oder aktuelle Themen gerade bewertet werden. Wir wollen hier jedoch zentrale ideologische Haltungen in der österreichischen Bevölkerung vor und nach dem Regierungswechsel 2000 thematisieren.

Die Frage nach den Berührungspunkten von Parteien kann von der Angebotsseite her, also ihren Programmen, oder von der Nachfrageseite her – den Präferenzen der WählerInnen – diskutiert werden (vgl. Kitschelt 1996). Beide Seiten – ideologisches Angebot und Präferenzen – lassen sich nach zentralen Dimensionen beschreiben; so sind etwa Wirtschaft (Umverteilung vs. Markt) und politische Entscheidungsstruktur (liberal vs. autoritär) häufig gewählte Koordinaten, um eine Klassifizierung des politischen Marktes zu erstellen (vgl. Kitschelt 1994).

In diesem Beitrag wollen wir uns mit der Nachfrageseite beschäftigen. Wie waren die SympathisantInnen der österreichischen Parteien hinsichtlich solcher relevanter ideologischer Dimensionen vor den Nationalratswahlen 1999 und dann 2003, ein Jahr nach der Regierungsbildung (2002), positioniert? (Die dazwischen liegenden Ereignisse rund um die schwarz-blaue Koalition können wohl als bekannt vorausgesetzt werden). Dazu werden die Ergebnisse repräsentativer Befragungen von 1998 und 2003 verglichen. Im Mittelpunkt der Analysen stehen Themen, die nicht die unmittelbare Tagespolitik betreffen (auch wenn einzelne Fragen durchaus Tagesthemen waren), sondern wichtige Dimensionen repräsentieren, an denen grundlegende ideologische Positionen deutlich werden: „Ausländer“, „Staatsfunktionen“, „ökonomische Selbstverantwortung“ und „demokratischer Pluralismus“.

Jede der Parteien verfügt zwar über eine gewisse Bandbreite von Themen, doch sind es schließlich nur einige, mit denen sie sich bei ihren WählerInnen profiliert. So hat die FPÖ z.B. vor dem Regierungseintritt Themen wie Anti-EU-Politik, Sicherheit vor Kriminalität und „Überfremdung“, bis hin zu oft unverhohlenem Nazi-Lob verfolgt, dabei aber auch – vielleicht unbemerkt aber deutlich – eine Gegnerschaft zum „bevormundenden“ Sozialstaat, speziell zum österreichischen Modell der Sozialpartnerschaft, verfolgt. Letzteres wurde häufig im Kontext von Privilegien und Skandalen in den sozialstaatlichen Institutionen, aber auch unter dem generellen Verdacht des Sozial-Schmarotzertums in einem ausufernden Sozialstaat vorgebracht, daher bezeichnete sie sich als gerechte und soziale Partei. Jörg Haider hatte sich selbst als „Modernisierer“, als „radikalen Anhänger des freien Marktes“ und als „nationalen Populisten“ bezeichnet (Merkel 2003, 26; siehe auch Reinfeldt 2000, 104 ff.).

Der Erfolg, den die FPÖ in den 90er Jahren verzeichnete, wurde – neben Faktoren wie die Parteiführung unter Jörg Haider oder die zunehmende mediale Inszenierung von Politik – vor allem aus dem Kontext der österreichischen politischen Struktur hergeleitet: Proporz, Klientelismus, „Lagermentalitäten“ der österreichischen Konkordanzdemokratie, staatliche Bürokratien bzw. der große Stellenwert der öffentlichen Hand gelten als wesentliche Bedingungen, die einen Wandel der politischen Kultur einleiteten (vgl. Gerlich 1991; Ullrich 1990). Generell hat die politische Themenlandschaft in den 80er und 90er Jahren eine beträchtliche Ausweitung erfahren: Umweltschutz und postmaterielle Werte sind Ziele, an denen sich die Grünen profilieren. Arbeitsplatzsicherung, Erhöhung des Lebensstandards und Ausweitung der Sozialleistungen, klassische Themen der SPÖ, behalten zwar ihren Stellenwert, doch treten Problematisierungen der Effizienz staatlicher Investitionstätigkeit und sozialstaatlicher Sicherungssysteme, Kritik an der Reichweite und Intensität staatlicher Tätigkeit hinzu. Sozialpartnerschaft und Sozialstaat werden von neoliberalen wie auch sozialistischen Positionen her kritisiert (vgl. Tálos 1993). Das politi-

sche System geriet seit Ende der 80er Jahre sowohl seitens wirtschaftlicher als auch seitens gesellschaftlicher Veränderungen zunehmend unter Druck – die Krise der verstaatlichten Industrie und die Internationalisierung der Wirtschaft erforderten Umorientierungen in der traditionellen Beschäftigungs- und Sozialpolitik (Ablösung traditioneller Interventionspolitik), in der Gesellschaft veränderten sich die politischen Ansprüche und die politische Partizipation. Unter dem Eindruck mangelnder Responsivität der politischen Institutionen – der Großparteien und Verbände – kam es zu Vertrauensverlusten, zu Flexibilisierung im Wahlverhalten und zu verstärkter Wahlenthaltung, aber auch zu verstärktem Engagement und politischer Aktivierung, wovon die „Protestparteien“, Grüne und FPÖ, profitierten (vgl. Plasser/Ulram 1995; Plasser et al. 1996).

Entscheidend tritt in dieser Phase hinzu, dass die kontinuierliche Zuwanderung dem Rechtspopulismus in Europa großen Auftrieb verliehen hat; die FPÖ mobilisierte besonders durch das Thema Einwanderung und Überfremdung eine große Zahl von WählerInnen (vgl. Ulram 2000). Die ÖVP hatte dagegen bereits in den 80er Jahren auf Themen wie „mehr privat, weniger Staat“ gesetzt und versucht, Anliegen der Privatisierung in zentralen Bereichen – nicht nur im Bereich der Verstaatlichten, sondern auch in Bildung, Pensionsversicherung, Gesundheit – zu lancieren. Sie steht für einen Paradigmenwechsel vom Austrokeynesianismus zum schlanken Staat, zur Konsolidierung des öffentlichen Haushalts und für eine geistig-moralische Wende.

Interessanterweise haben auch die so genannten rechtspopulistischen Parteien, wie die FPÖ, in Europa eine antisozialistische und betont neoliberale Linie als erfolgreich entdeckt (Betz 1994; Kitschelt 1996). Themen wie „Auswüchse des Sozialstaats“ sprachen durchaus auch ArbeiterInnen und „kleine“ Leute an, die sich durch staatliche Apparate, Gewerkschaften etc. betrogen sahen. Zwar hat sich in den konservativen Parteien schon längst eine Abkehr vom Prinzip der sozialen Marktwirtschaft (vom „Rheinischen Kapitalismus“, d.h. vom korporatistischen Wohlfahrtsstaat) hin zu einem

neoliberalen Wirtschaftskurs, vollzogen, doch ist es in Europa wohl doch nur Margaret Thatcher gelungen, einen erfolgreichen Populismus zu kreieren, der Neoliberalismus mit Elementen autoritären Regierens und eines ethnischen Nationalismus verband (vgl. Hall/Jaques 1989; Gamble 1988); dieser „autoritäre Populismus“ konnte erfolgreich Teile der Arbeiterschaft mobilisieren. Dieser Erfolg war anderen konservativen Parteien Europas eher nur begrenzt beschieden, vor allem die beiden Themenstränge Nationalismus/Ausländer und Neoliberalismus blieben schwerpunktmäßig zwischen den radikalen rechtspopulistischen Parteien und den konservativen Parteien aufgeteilt; und mit der strategischen Frage der „Ausgrenzung“ nationalistischer, rassistischer Parteien verbunden (besonders heftig z.B. in Frankreich). In Österreich fanden sich 2000 jedoch eine rechtspopulistische und konservative Partei zu einer Koalitionsregierung zusammen. Die FPÖ hatte ihren Wahlerfolg in der Nationalratswahl 1999 besonders durch eine intensive Anti-Ausländer Rhetorik erzielt (weshalb ihre Regierungsbeteiligung 2000 als Tabubruch in Europa gesehen wurde), während die ÖVP mit ihren neokonservativen Themen einer wirtschaftlichen und moralischen Wende wenig erfolgreich blieb (beide Parteien erzielten jeweils rund 27% der Stimmen). Beobachter stellten die interessante Frage, ob Österreich nun dabei ist, die Phase des Thatcherismus nachzuholen und versuchten eine Diagnose über Parallelen und mögliche Perspektiven der Politik der beiden Länder (vgl. Scott 2001).

Der Terminus des Thatcherismus zielt aber nicht nur auf die ökonomische und politische (strategische) Ebene, sondern vor allem auf die soziokulturelle Ebene ab: er wird als ein „hegemoniales Projekt, das Alltagsbewusstsein und Alltagserfahrung in einen Zusammenhang bringt“, charakterisiert (Scott 2001, 28); er wird also als eine Ideologie beschrieben, die weite Teile der Arbeiterschaft erfasst hat, obwohl sie in keiner Weise ihrer Interessenlage entspricht.

„Thatcherismus“ wird generell auf die populistische Strategie politischer Eliten bezogen: was in Großbritannien als Strategie einer Partei bzw. Parteispitze identifizierbar ist, kann

in Österreich wohl nur als vorweg nicht geplante Folge der Situation nach dem Wahlausgang 1999 bezeichnet werden. Nur der Wahlerfolg der FPÖ kam durch eine populistische Strategie zustande, die ÖVP hatte aber die Möglichkeit, aus dieser Situation für sich maximalen Nutzen zu ziehen, und zwar nicht nur durch eine dominierende Rolle in der Regierung, sondern auch in der Durchsetzung der ihr wichtigen wirtschaftspolitischen Programmatik.

Wie weit in der Folge die Regierung von ÖVP und FPÖ auch weiterhin eine ideologisch „arbeitsteilige“ Strategie entwickelt hat (die eine Partei kann weiterhin ethnisch-national agieren, die andere neoliberal, um entscheidende Wählergruppen anzusprechen), wäre Thema einer Analyse der Parteiprogramme, der politischen Äußerungen und Aktionen. Ob daraus aber auch eine Ideologie wurde, die wesentliche Segmente der Bevölkerung erfasst, ist Thema dieses Beitrags. Wie nahe bzw. fern standen sich tatsächlich die AnhängerInnen der Parteien in den zentralen Ideologien? Welchen Anklang fanden diese in den verschiedenen sozialen Gruppierungen der Bevölkerung? Die Thematik wird daher unter verschiedenen Blickpunkten untersucht:

- (1) Ob die genannten ideologischen Elemente – vor allem Neoliberalismus und Fremdenfeindlichkeit – auch im Bewusstsein der Bevölkerung ein Muster bilden, d.h. miteinander korrelieren; es soll geprüft werden, ob bzw. in welcher Stärke signifikante Zusammenhänge bestehen, um von einer Ideologie sprechen zu können, die dem Muster des politischen Angebots (Populismus) entspricht.
- (2) Wie sich die AnhängerInnen der verschiedenen Parteien in diesen Einstellungsdimensionen unterscheiden; teilen AnhängerInnen der anderen Parteien, besonders der sozialdemokratischen Partei, diese Kategorien? Und ist es zwischen den beiden Zeitpunkten zu Veränderungen gekommen? Charakteristisch für Populismus wäre, dass seine Themen auch von den AnhängerInnen anderer Parteien angenommen werden (Hegemonieprinzip).

- (3) In welchem Ausmaß die Einstellungen Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus in den verschiedenen sozialen Schichten verankert sind; sind sie auch in den unteren sozialen Schichten attraktiv? War dies vor den Wahlen 1999 der Fall, wie hat sich die Haltung entwickelt?
- (4) Der Vergleich der beiden Zeitpunkte, vor und nach 2000, erlaubt zudem Aufschluss auf die Frage, ob für FPÖ-AnhängerInnen im Jahr 1999 neben dem Ausländer-Thema auch eine neoliberale Ideologie attraktiv war, wie dies für andere europäische rechtspopulistische Parteien behauptet wird (vgl. Betz/Immerfall 1998). Wie nah oder fern standen sich vor 1999 die SympathisantInnen speziell der beiden Regierungsparteien in diesen Ideologien?

2. Methode und Operationalisierung der Konzepte

2.1. Methode und Stichproben

Die hier geschilderten Ergebnisse beruhen auf repräsentativen Stichproben mit jeweils rund 2000 mündlichen Interviews. In diesen Untersuchungen waren zahlreiche gesellschaftliche und politische Einstellungen erhoben worden (es handelte sich primär um Forschungen zu den Themen Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus² in Österreich, vgl. Weiss 2000 und 2004). Die Feldarbeit zur ersten Untersuchung erfolgte im Juni 1998, also zu einer Zeit, in der die FPÖ am Höhepunkt ihrer Erfolge stand; die der zweiten im September 2003, somit ein Jahr nach dem Koalitionsbruch und den darauf folgenden starken Stimmenverlusten der FPÖ und den hohen Zugewinnen der ÖVP bei den Nationalratswahlen 2002.³

2.2. Operationalisierung der Ideologiekonzepte

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die einzelnen Inhalte der Konzepte und den daraus berechneten Einstellungsskalen zu Fremden-

Tab. 1: Einstellungsskalen 1998 und 2003. Prozentangaben der Zustimmungen¹⁾

Frage: „Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. nicht zustimmen.“	1998	2003	Sign. ³⁾ t-Wert
Fremdenfeindlichkeit (7-stufige Antwortskala: 1=lehne völlig ab, 7=stimme völlig zu)			
· Die in Österreich lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil besser an den der Österreicher anpassen	79	75	
· Die in Österreich lebenden Ausländer sollten nach Hause geschickt werden, wenn die Arbeitsplätze knapp werden	47	40	
· Die in Österreich lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Leuten suchen	25	28	
(N)	(1982)	(1970)	
Mittelwert (Streuung)	13,4 (4,3)	12,5 (4,8)	6,21
CFI	,895	,933	
% Hohe Fremdenfeindlichkeit (>15)	32	28	
Rassismus (5-stufige Antwortskala: 1=stimme gar nicht zu, 5=stimme völlig zu)			
· Wenn sich Ausländer hier nicht anpassen können, kann man verstehen, dass es zu gewaltsamen Aktionen gegen sie kommt	49	44	
· Gegen Ehen zwischen Menschen verschiedener Hautfarbe ist grundsätzlich nichts einzuwenden ⁴⁾	75	77	
· Menschen weißer Hautfarbe sind in bestimmten Eigenschaften, etwa bei Begabungen und Leistungen, den anderen überlegen	18	9	
(N)	(1973)	(1958)	
Mittelwert (Streuung)	7,4 (2,8)	6,5 (2,6)	10,44
CFI	,978	,988	
% Hoher Rassismus (>8)	46	33	
Neoliberale Ideologie (4-stufige Antwortskala: 1=stimme gar nicht zu, 2=stimme eher nicht zu, 3=stimme eher zu, 4=stimme sehr zu)			
· Die meisten, die heutzutage im Leben nichts erreichen, sind selber schuld	63	58	
· Soziale Gerechtigkeit heißt für mich, dass jeder den Platz in der Gesellschaft erhält, den er auf Grund seiner Leistungen verdient	76	63	
· Unterstützung für Arbeitslose sollte möglichst niedrig sein, damit die Leute gezwungen werden, eine Arbeit zu finden	65	49	
(N)	(1955)	(1931)	
Mittelwert (Streuung)	8,6 (2,0)	8,0 (2,1)	8,38
CFI	,983	,994	
% Hohe neoliberale Ideologie (>8)	54	42	
Einstellung zu Staatsfunktionen ²⁾ (4-stufige Antwortskala: 1=sehr negativ, 2=eher negativ, 3=eher positiv, 4=sehr positiv)			
· Privatisierung, z.B. beim öffentlichen Verkehr	65	35	
· Staatliches medizinisches Versorgungssystem ⁴⁾	64	72	
· Eigenvorsorge, z.B. in private Pensionsversicherung einzahlen	67	36	
· Eine Wirtschaft mit wenig staatlichen Regulierungen	68	54	
(N)	(1621)	(1834)	
Mittelwert (Streuung)	10,8 (1,9)	9,4 (1,9)	22,67
CFI	,995	,913	
% Ablehnung der Staatsfunktionen (>10)	57	32	
Demokratieorientierung (1=gerechtfertigt, 2=fallweise gerechtfertigt, 3=keinesfalls gerechtfertigt)			
· Generelles Demonstrationsverbot, wenn es die Regierung für notwendig hält	53	56	
· Dass die Regierung gegen Streikende auch mit Gewalt vorgeht	74	72	
· Dass die Regierung darauf achtet, dass das Fernsehen nicht sendet, was es will	57	66	
(N)	(1982)	(1954)	
Mittelwert (Streuung)	7,6 (1,4)	7,8 (1,4)	4,48
CFI	,973	,959	
% Hohe demokratische Orientierung (>7)	58	63	
1) dichotom: % Zustimmung vs. neutral und Ablehnung; bei Demokratieorientierung: 3 (keinesfalls) vs. 1 und 2			
2) dies wurde 1996 und 2003 erhoben			
3) Differenz: t-Test (Werte über 2,5 sind signifikant p<,01)			
4) das Item wurde in der Skalenberechnung entsprechend rekodiert			

feindlichkeit, Rassismus, neoliberale Ideologie, Staatsfunktionen und Demokratieorientierung. Den Befragten waren verschiedene Einstellungssitems zu den jeweiligen Themen zur Beurteilung vorgelegt worden, die sie in abgestufter Form befürworten oder ablehnen konnten; aus diesen Antworten wurde eine Summe (Likert-Skalierung) gebildet, so dass jede Person anhand des Summenscores hinsichtlich ihrer gesamten Ausrichtung zu dem Einstellungsobjekt (z.B. positive oder negative Haltung zu Ausländern; positive oder negative Einstellung zu Staatsfunktionen etc.) charakterisiert werden kann. Mittelwerte und Streuungen dieser Skalen werden in Tab. 1 ausgewiesen.

Die hier diskutierten Konzepte repräsentieren Einstellungen, die mit jeweils mehreren Indikatoren (Einstellungssitems) erfasst wurden; aus einer ursprünglich großen Zahl vorgelegter Einstellungssitems wurden jene für die Skalenbildung selektiert, die aufgrund des statistischen Gütekriteriums der konfirmatorischen Faktorenanalyse (CFI)⁴ das Konzept am treffendsten repräsentieren.

Die Skala Fremdenfeindlichkeit bezieht sich auf verbreitete Meinungen über AusländerInnen – auf den Schutz der Arbeitsplätze für ÖsterreicherInnen, auf mangelnde Anpassung und auf den Wunsch, „unter sich zu bleiben“. Neben dem materiellen Motiv wird also auch ein kultureller Protektionismus in dem Sinne angesprochen, dass Kulturen zueinander als inkompatibel gelten und kulturelle Vermischungen verhindert werden sollten. Die zur Beurteilung vorgelegten Sätze wurden wiederholt in internationalen Vergleichsuntersuchungen verwendet (z.B. Allbus, vgl. Alba/Schmidt/Wasmer 2000; Lebhart/Münz 1999). Sie geben insofern ein gutes Abbild diffuser Ausländerablehnung wider, weil sie eher moderat formuliert sind und eine negative Einstellung als vernünftig und akzeptabel, kaum als rassistisch in Erscheinung tritt.

Während Fremdenfeindlichkeit sich auf generelle ethnische Ausschließung (aus Kultur, Arbeitsmarkt etc.) bezieht, repräsentieren die Äußerungen zum Rassismus eine radikal nativistische Position. Die Antworten zu beiden Dimensionen wurden, wie oben geschildert, für

die weiteren Analysen zu Summenscores verrechnet.

Der Terminus Neoliberalismus bezieht sich generell auf eine Programmatik, in der es um die Rücknahme staatlicher Aktivitäten oder Interventionen geht, um die Rationalität des Marktes ungehindert zur Geltung zu bringen; unter anderem indem sie auch auf nicht unmittelbar ökonomische Bereiche (wie Bildung, Gesundheit etc.) ausgedehnt wird. Das Leitbild der entstaatlichten, sich selbst regulierenden Gesellschaft bedarf aber auch eines entsprechenden Persönlichkeitstyps, hinter dem Eigenschaften wie persönliche Durchsetzung, Betonung der individuellen Leistung und Ablehnung kollektiver Unterstützungen stehen. Somit sollen hier zwei Aspekte des Phänomens Neoliberalismus operationalisiert werden: einerseits eine Persönlichkeitshaltung, die hier als „neoliberale Ideologie“ bezeichnet wird, andererseits die Einstellung zu zentralen sozialstaatlichen Funktionen bzw. zu Deregulierung; dieser Aspekt wird hier „Einstellung zu Staatsfunktionen“ genannt.

Die drei Einstellungen – Arbeitslose sollten möglichst geringe Unterstützung erhalten, Arme sind selbst Schuld wenn sie nicht weiterkommen, und Leistung sollte das höchste Prinzip für eine gerechte Gesellschaft sein – haben die Kernbotschaft „Belohnung nur für harte Arbeit“ zum Inhalt und beschreiben aus der Mentalität des Alltags her die gewünschten Tugenden der ökonomische Selbstverantwortung und des Durchsetzungsvermögens. Der für die neoliberale Ideologie charakteristische Gedanke der Selbstregulierung kommt auf individueller Ebene deutlich zum Ausdruck. Es soll angemerkt werden, dass diese Einstellungssitems aus einer klassischen Milieuanalyse (von Vester et al. 1993) stammen und dort auch als sozialdarwinistische Grundhaltung charakterisiert wurden.

Der zweite Aspekt – Staatsfunktionen vs. Markt – misst die Einstellung zu Privatisierungen in den wichtigen Bereichen Gesundheit, Pensionen, Verkehr und Wirtschaft.

Bei der Einstellung zu Demokratie und staatlicher Autorität war es weniger die Absicht, die Einstellung zu nicht parlamentarischen Regierungsformen zu erheben (dass besonders unter

FPÖ-AnhängerInnen eine große Akzeptanz für einen „starken Mann“ besteht, ist wiederholt aufgezeigt worden, ebenso die Tendenz zu einem „rechts-identitären“ Demokratieverständnis, vgl. Ogris 1999). Von Interesse schien vielmehr die Einstellung zu vorstellbaren Verletzungen grundlegender demokratischer Regeln. Daher wurde die demokratische Orientierung durch die Frage ermittelt, ob man bereit wäre, bestimmte repressive Maßnahmen der Regierung zu akzeptieren, wann immer diese es für notwendig hielt: die Maßnahmen beziehen sich auf die Freiheit der Medien (TV), auf die Freiheit zur Demonstration und Freiheit zum Streik.

3. Die Ideologien und Parteisympathien im Zeitvergleich

3.1. Die Einstellungen im Zeitvergleich

Im Zeitvergleich (s. Tab. 1) zeigen sich zwischen den Zustimmungen zur Fremdenfeindlichkeit im Jahr 1998 und im Jahr 2003 geringe Veränderungen. Die Ansicht, dass man hier lebende AusländerInnen nach Hause schicken soll, wenn die Arbeitsplätze knapp werden, ist zwar um 7 Prozentpunkte zurückgegangen, wird 2003 allerdings immer noch von 40% befürwortet. Im Konzept Rassismus kommt es zwar zu einer Abschwächung der einzelnen Inhalte, doch ist z.B. die Akzeptanz von Gewalt – Zustimmung zur Aussage, dass gewaltsame Aktionen gegen AusländerInnen verständlich seien, wenn sich diese nicht anpassen könnten – nur um 5 Prozentpunkte geringer geworden (von 49% Zustimmung 1998 auf 44% im Jahr 2003). Auch die Reserviertheit gegenüber Ehen zwischen Menschen verschiedener Hautfarbe ist nahezu gleich geblieben, nur die Vorstellung der Überlegenheit der Weißen ist deutlich zurückgegangen.

In der Einstellung, die hier als neoliberale Ideologie (Kurzbezeichnung Neoliberalismus) zusammengefasst wird, sind dagegen starke Veränderungen eingetreten: sämtliche Inhalte werden 2003 viel weniger unterstützt als noch 1998. Vor allem die Meinung, dass Unterstützung für Arbeitslose möglichst niedrig sein soll-

te, damit diese gezwungen sind eine Arbeit zu finden, ist von 65% Zustimmung auf 49% gesunken. Auffallend ist allerdings, dass sämtliche drei Meinungen 1998 noch überaus hohe Zustimmungen (rund zwei Drittel) gefunden haben. So spiegeln die Antworten von 1998 wohl auch die Reaktion auf eine Rhetorik wider, die „Fleiß und Tüchtigkeit“ des einzelnen in Gegensatz zu sozialen Unterstützungen – „zu viel Sozialstaat“ und dessen Missbrauch – setzte.

Betrachtet man die Einstellung zu verschiedenen staatlichen Funktionen – Pensionsvorsorge, öffentlicher Verkehr, Gesundheit und wirtschaftliche Regulierung, so zeigt sich auch hier ein drastischer Rückgang bei der Befürwortung von Privatisierungen; besonders krass im Bereich Pensionsvorsorge, wo die Zustimmung zur Eigenvorsorge von 67% auf 36% zurückging. Die Zustimmung zum staatlichen medizinischen Versorgungssystem, die mit 64% auch 1998 hoch war, ist auf 72% gestiegen. Und selbst die Deregulierung der Wirtschaft hat um 14 Prozentpunkte an Befürwortung verloren. Insgesamt lag 1998 das Niveau der Unterstützung von Privatisierungsmaßnahmen noch über 60%.

In beiden Indikatoren hat also die Billigung eines Programms der ökonomischen Selbstverantwortung und Deregulierung stark an Boden verloren. So spiegeln diese Zahlen interessanterweise eine breite Akzeptanz neoliberaler Standpunkte in den späten 90er Jahren, die aber 2003 bereits in viel geringerem Ausmaß unterstützt werden – offensichtlich als Reaktion auf entsprechende Maßnahmen der Regierungspolitik. Die Akzeptanz staatlicher Funktionen im Bereich Gesundheit und Pensionsvorsorge besitzt – wie rezente Studien zeigen – auch heute noch eine deutliche Mehrheit und hat besonders im Hinblick auf Gesundheitsversorgung seit 1986 sogar zugenommen (vgl. Grausgruber 2005).

So fand 1998 ein Populismus aus Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus ganz allgemein in der Bevölkerung breite Resonanz. Während Ausländerablehnung nach wie vor ein potentiell politisches Thema abgeben würde – obwohl auch hier eine Reihe rigoroser Maßnahmen sofort zu Beginn der Regierungskoalition gesetzt wurden („Integrationsvertrag“, Neu-

Regelung von Arbeitsbewilligung und Aufenthaltsgesetz, niedrigere Quoten, Saisoniere-Regelung zum Schutz von Arbeitsplätzen, Maßnahmen gegenüber Asylwerbern etc.) – hat jedoch die Attraktivität eines Programms, das individuelles Durchsetzungsvermögen und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen forciert, inzwischen stark an Boden verloren.

Hinsichtlich der Zustimmung zu grundlegenden Regeln der Demokratie ist es in den letzten Jahren zu Veränderungen in Richtung eines größeren Demokratieverständnisses gekommen. So ist die prinzipielle Ablehnung eines Einflusses der Regierung auf das Fernsehen von 57% auf 66% gestiegen. In den anderen beiden Einstellungen kam es eher zu geringen Veränderungen. Insgesamt ist also ein leichter Anstieg in der demokratischen Orientierung feststellbar.

3.2. Bilden diese Einstellungen ein ideologisches Muster?

Tabelle 2 zeigt die Korrelationsmatrix der Einstellungsskalen im Zeitvergleich (da die Einstellung zu den Staatsfunktionen 1996 erhoben worden waren, sind sie in der Matrix 1998 nicht enthalten). Fremdenfeindlichkeit und Neo-

liberalismus korrelieren zu beiden Zeitpunkten beträchtlich ($r=0,34$ bzw. $r=0,44$); die Korrelation zeigt also an, dass diese beiden Einstellungen gleichermaßen häufig geteilt (oder eben gleichermaßen abgelehnt) werden und daher als ideologisches Muster betrachtet werden können, indem sich die populistische Argumentation in der Politik seitens der Bevölkerung spiegelt.

Im Vergleich zu 1998 zeigt sich 2003 bei allen Einstellungen ein deutlich stärkerer Zusammenhang, besonders jener zwischen neoliberaler Einstellung und Fremdenfeindlichkeit ist stärker geworden. Dies erklärt sich allerdings dadurch, dass neoliberale Orientierungen insgesamt abgenommen haben und somit die Zusammenhänge bei jenen, die diese Haltung nach wie vor vertreten, deutlicher sichtbar werden.

Betrachtet man die Matrix für 2003, so zeigen sich folgende interessante Ergebnisse:

Der Zusammenhang zwischen den eher alltäglichen, d.h. nicht extrem formulierten Meinungen über Ausländer mit der durchaus extremen Rassismus-Skala ist sehr stark ($r=0,70$). Somit bringen diese beiden Konzepte trotz unterschiedlicher Inhalte und unterschiedlicher Emotionalität eine ähnliche Gesinnung, eine „Gesinnungsverwandtschaft“, zum Ausdruck.

Tab. 2: Korrelationsmatrix (Korrelationskoeffizient Pearson) der Ideologien 1998 und 2003

	1998 (n~1928–1982)			2003 (n~1794–1936)			
	Rassismus	Neoliberalismus	Demokratie- orientierung	Rassismus	Neoliberalismus	Demokratie- orientierung	Staatsfunktionen (Ablehnung) ³
Fremdenfeindlichkeit (hoch) ²	,60	,34	–,19	,70	,44 ⁴	–,40	,06 ¹
Rassismus (hoch)		,27	–,24		,39	–,38	,05 ¹
Neoliberalismus (hoch)			–,22			–,30	,17
Demokratieorientierung (hoch)							–,19

1) Alle Korrelationen ($> r=0,06$) signifikant $p<0,05$
2) Richtung der numerisch höheren Ausprägung
3) Staatsfunktionen 1998 nicht erhoben
4) Partielle Korrelation zwischen Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus unter Kontrolle von Demokratieorientierung $r=0,37$ (Jahr 2003) bzw. $r=0,30$ (Jahr 1998)

Lesebeispiel: es korreliert z.B. 2003 Neoliberalismus positiv mit Fremdenfeindlichkeit (.44), während eine demokratische Orientierung mit Fremdenfeindlichkeit negativ (–.40) korreliert.

Einen stark negativen Zusammenhang finden wir zwischen Fremdenfeindlichkeit (und Rassismus) mit demokratischer Orientierung: Personen mit diffuser Fremdenfeindlichkeit zeigen auch ein niedriges demokratisches Verständnis, wenn es um Grundrechte, die auf Toleranz und Pluralismus beruhen, geht. Somit bestätigt sich die klassische Theorie des Autoritarismus, die behauptet, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Haltung ein zusammengehörendes Einstellungssyndrom bilden (vgl. den Überblick bei Eckhardt 1991; Lipset 1960). Eine Erklärung geht auf die klassischen Studien Fromms und Adornos zum „autoritären Charakter“ zurück. Diese Einstellung ist heute vor allem in den unteren sozialen Schichten verbreitet, wird aber eher auf erlebte Unsicherheiten – soziale Kontrollverluste, Anerkennungszerfall – zurückgeführt (vgl. Oesterreich 1993).

Aber auch die neoliberale Ideologie erweist sich als Teil dieses Einstellungsmusters: sie korreliert in beträchtlichem Ausmaß mit der Ablehnung demokratischer Grundregeln ($r = -0,30$).

Wie passt aber Neoliberalismus in das Syndrom von Demokratiefeindlichkeit und Ausländerablehnung? Neoliberalismus sollte, als Konzept für eine offene Leistungsgesellschaft, gerade die anderen Denkweisen ausschließen. Doch gilt es inzwischen als charakteristisch für die gegenwärtige Ideologie des Neoliberalismus, dass er häufig in Kombination mit autoritären Ideologien auftritt; dass sich die geringe Toleranz für Armut, die Hinnahme von hoher Ungleichheit und die Idee des „reinen“ Marktes (die man auch als ökonomischen Individualismus bezeichnet) mit Autoritätsgläubigkeit verbinden (vgl. Giddens 1994; Hall/Jaques 1989). Eine Erklärung könnte darin liegen, dass das Prinzip „des Stärkeren“ ein gemeinsames Element darstellt; die Identifikation mit jenen, die in der Gesellschaft soziale Dominanz ausüben, spielt auf der kognitiven Ebene die verbindende Rolle: Dem Anspruch auf territorialer Dominanz gegenüber Ausländern entspreche der Anspruch auf egoistischer Durchsetzung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, wobei eine Konkurrenz um Ressourcen vorausgesetzt wird („*social dominance theory*“, vgl. Sidanius/

Pratto 1993). Andererseits ist die Verknüpfung von Ausländerablehnung, neoliberaler Orientierung und Befürwortung eines starken (antipluralistischen) Staates auch insofern plausibel, als sowohl die Bewältigung der „Bedrohung durch Ausländer“ als auch die Durchsetzung von Disziplinierungen, wie Zwang zu Arbeit und Leistung, der starken Hand des Staates bedürfen; alle drei Elemente verbinden sich in diesem Sinne zu einer Ideologie verschärfter Kontrollen (vgl. Gamble 1988; ähnlich die Argumentation bei Heitmeyer 2001).

Interessanterweise findet sich aber kaum ein Zusammenhang zwischen der Einstellung zu den Staatsfunktionen mit Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus. Auch die Korrelation zwischen neoliberaler Ideologie und Haltung zum Staat ist überraschenderweise nur mäßig ($r = 0,17$). Das bedeutet, dass die in Österreich tief verwurzelten und 2003 durchwegs sehr positiv bewerteten Staatsfunktionen in den existenziell wichtigen Bereichen weitgehend unabhängig von entsprechenden ideologischen Inhalten wahrgenommen werden.

Aus diesen Ergebnissen geht deutlich hervor, dass sich ein Populismus in Österreich heute kaum noch auf Privatisierungen stützen könnte (wie Tab. 1 zeigte, hat die positive Einstellung zu verschiedenen sozialstaatlichen Regelungen 2003 gegenüber 1998 drastisch zugenommen). Dagegen gehen Appelle an individuelle Verantwortung und Durchsetzungsfähigkeit offensichtlich viel tiefer; auf dieser Ebene können vergleichsweise auch 2003 noch viel mehr Menschen erreicht werden. Die weiteren Analysen werden daher auch mit diesem individualistischen Aspekt des Neoliberalismus fortgeführt.

Im folgenden Abschnitt sollen nun die politischen Präferenzen untersucht werden – wie unterscheiden sich die SympathisantInnen der Parteien in den einzelnen Einstellungsdimensionen?

3.3. Ideologien und Parteiensympathie

Tabelle 3 zeigt die Prozentzahl jener Personen, die eine hohe Ausprägung in den einzelnen Einstellungen aufweisen, im Vergleich zwi-

Tab. 3: Ideologie nach Parteisympathie 1998 und 2003. Prozentangaben^{*)}

	1998					2003				
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Ges. (N)	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Ges. (N)
Fremdenfeindlichkeit (hoch) ¹⁾	30	28	54	8	32 (1166)	32	30	47	5	28 (1386)
Neoliberalismus (hoch) ²⁾	53	62	64	22	56 (1164)	42	54	60	14	44 (1366)
Demokratieorientierung (hoch) ³⁾	62	47	55	84	57 (1176)	69	53	43	86	63 (1374)
Staatsfunktionen (Ablehnung) ⁴⁾	46	63	65	58	55 (1121)	23	44	42	24	32 (1291)

^{*)} basierend auf Korrekturgewichtung (Vertretung der Parteien in Relation zu den jeweils letzten Nationalratswahlen)

1) Skalenwerte 3–15 = niedrige Fremdenfeindlichkeit, 16–21 = hohe Fremdenfeindlichkeit
2) Skalenwerte 3–8 = niedriger Neoliberalismus, 9–12 = hoher Neoliberalismus
3) Skalenwerte 3–7 = niedrige Demokratieorientierung, 8–9 = hohe Demokratieorientierung
4) Daten für 1996 und 2003; Skalenwerte 4–10 = Befürwortung, 11–16 Ablehnung

schen den einzelnen ParteianhängerInnen sowie die Veränderungen zwischen 1998 und 2003.

Im Hinblick auf Fremdenfeindlichkeit ist zu beiden Zeitpunkten die FPÖ deutlich führend. Diesen Sachverhalt haben auch Image-Studien bzw. Analysen zur Problemlösungskompetenz der Parteien aufgezeigt, denen zufolge der FPÖ hinsichtlich des „Ausländerproblems“ hohe Kompetenz zugeschrieben wurde (Plasser/Ulram 2000; Schulz et al. 2003;).

Nahezu keine Resonanz findet Fremdenfeindlichkeit bei den AnhängerInnen der Grünen, zwischen SPÖ und ÖVP besteht kein nennenswerter Unterschied (jeweils etwa 30%, die auch über den Zeitraum bestehen bleiben).

Betrachtet man die neoliberale Einstellung, so ähneln sich ÖVP- und FPÖ-AnhängerInnen besonders 1998, also vor den Wahlen 1999, deutlich (62% bei ÖVP-, 64% bei FPÖ-AnhängerInnen). Es findet sich 1998 aber auch eine relativ hohe Zustimmung bei gut der Hälfte (53%) der SPÖ-SympathisantInnen; niedrig ist sie mit 22% nur bei den Grünen. Diese neoliberale Stimmung hat zwischen 1998 und 2003 bei SPÖ- und ÖVP-AnhängerInnen jedoch deutlich abgenommen, dennoch bleiben die Einstellungen der ÖVP- und FPÖ-SympathisantInnen relativ am nächsten (54% ÖVP-, 60% FPÖ-AnhängerInnen, 42% bei SPÖ-AnhängerInnen). Zumindest für den ersten Zeitpunkt lässt sich die Aussage treffen, dass die AnhängerInnen sämtlicher Parteien, außer den Grünen, im Hinblick auf Neoliberalismus recht

ähnliche Auffassungen vertreten haben; dies betraf nicht nur ÖVP und FPÖ, sondern auch die der SPÖ.

In der demokratischen Orientierung haben die ÖVP-SympathisantInnen 1998 die niedrigsten Werte, 2003 dagegen die FPÖ-AnhängerInnen. Diese Veränderung dürfte sich daraus erklären, dass sich nach dem Ende der populistischen Phase die FPÖ-Anhängerschaft stärker auf ihren Kern reduziert hat, so dass das ideologische Profil ihrer Stammwählerschaft klarer zu Tage tritt: insgesamt haben die FPÖ-SympathisantInnen 2003 im Vergleich zu den übrigen ParteianhängerInnen die höheren Werte in Fremdenfeindlichkeit und in neoliberaler Ideologie, die niedrigsten in Demokratieorientierung. Dagegen zeigen sich SPÖ-SympathisantInnen sowohl 1998 als auch 2003 bei weitem demokratiefreundlicher, besonders aber die AnhängerInnen der Grünen.

Somit geben diese Ergebnisse bereits eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage. Vor 1999 war die FPÖ mit ihren fremdenfeindlichen Parolen im Blickpunkt der Öffentlichkeit, dies hat – könnte man rückblickend vermuten – ihre wirtschaftspolitische Position teils zugedeckt, ist aber auch einem Teil der SympathisantInnen gerade in der Kombination mit Fremdenfeindlichkeit durchaus attraktiv erschienen. Die ÖVP-SympathisantInnen haben zwar keine besonders starke Neigung zu Fremdenfeindlichkeit verspürt, standen aber in der neoliberalen Orientierung in großer Übereinstim-

mung mit den FPÖ-AnhängerInnen. Auf diesem Hintergrund ist es rückblickend nachvollziehbar, dass 2002, nach dem Scheitern der Regierungskoalition, FPÖ-SympathisantInnen keine Probleme damit hatten, sich dem deutlich neoliberalen Programm der ÖVP anzuschließen bzw. ihre Stimme zu geben (wie spätere Analysen zeigten, vgl. Picker et al. 2004).

Da Ausländer- und Wirtschaftspolitik nach wie vor zentrale Elemente der aktuellen Politik sind – sie werden in den einschlägigen Werbungen der Parteien immer wieder angesprochen – wurde eine Typologie aus den beiden Einstellungen Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus entwickelt. In den folgenden Analysen soll somit speziell das Zusammenwirken von fremdenfeindlicher und neoliberaler Einstellung im Mittelpunkt stehen. Zwar steht in der Wahrnehmung zumeist das eine oder andere Thema für die WählerInnen stärker im Vordergrund, während andere Thematiken einer Partei weniger beachtet werden. Aus dieser Typologie wird aber ersichtlich, wie groß der Anteil an WählerInnen ist, für die beide Themen gleichermaßen bedeutsam sind. Dies gibt daher Aufschluss darüber, ob tatsächlich ein Populismus, der auf beiden Elementen gleichermaßen beruht, Anklang findet.

Die vier Ideologietypen, die in Tabelle 4 ausgewiesen sind, repräsentieren (1) Personen, die wenig fremdenfeindlich sind und wenig Neigung zur neoliberalen Ideologie zeigen, (2) Personen mit geringer Fremdenfeindlichkeit und neoliberaler Einstellung, (3) Personen mit hoher Fremdenfeindlichkeit und geringer Neigung zu neoliberalen Inhalten, und schließlich (4) Per-

sonen, die sowohl fremdenfeindlich als auch neoliberal gesinnt sind.

Insgesamt ist es nur rund ein Fünftel der Bevölkerung, die diese Kernideologie (Kombination starker Neoliberalismus und starke Fremdenfeindlichkeit) teilen; die größere Gruppe der Bevölkerung zeigt zu beiden Zeitpunkten keine starken Ausprägungen in Neoliberalismus und Fremdenfeindlichkeit.

Tabelle 4 zeigt nun diese Typen nach den deklarierten Parteisympathien im Vergleich zwischen 1998 und 2003. 1998 gab es unter den FPÖ-AnhängerInnen 36% mit fremdenfeindlichen und neoliberalen Einstellungen, unter ÖVP-AnhängerInnen waren dies nur 22%, unter SPÖ-AnhängerInnen 18%; am geringsten (1%) unter den Grünen. 2003 sind diese Prozentwerte nahezu unverändert. Von der populistische Kernideologie werden also zu beiden Zeitpunkten nur kleine Gruppen der SPÖ- und ÖVP-AnhängerInnen angesprochen, bei den FPÖ-AnhängerInnen ist allerdings dieser Typus der relativ stärkste von allen Kombinationen, und dies auch zu beiden Zeitpunkten.

Vergleicht man die ParteianhängerInnen in der Kategorie „wenig fremdenfeindlich und wenig neoliberal“ so zeigen sich aber bei allen Parteien zwischen 1998 und 2003 merkbare Veränderungen: wir finden bei allen Parteien, bedingt durch die Abnahme der neoliberalen Einstellung, eine Zunahme in dieser Kombination.

Unter dem Blickpunkt, welches die am häufigsten gewählte Einstellungskombination jeder Partei im Zeitvergleich ist, ergibt sich dennoch ein interessantes Bild: Für die FPÖ bleibt

Tab. 4: Ideologietypen (Kombination Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus) nach Parteisympathie 1998 und 2003. Prozentangaben

	1998					2003				
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Ges.	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Ges.
– fremdenfeindlich, – neoliberal	38	33	18	74	35	44	38	26	85	46
– fremdenfeindlich, + neoliberal	33	40	28	17	33	25	32	25	10	26
+ fremdenfeindlich, – neoliberal	11	6	19	7	11	14	8	13	1	10
+ fremdenfeindlich, + neoliberal	18	22	36	1	21	17	22	35	3	18
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N	458	391	217	82	1148	563	508	99	177	1347

„fremdenfeindlich und neoliberal“ zu beiden Zeitpunkten die häufigste gewählte Einstellungskombination; für die ÖVP war 1998 „nicht fremdenfeindlich und neoliberal“ mit 40% die häufigste Kategorie, 2003 ist es aber bereits die Kategorie „nicht fremdenfeindlich und nicht neoliberal“ (38%). SPÖ und Grüne hatten beide ihre Schwerpunkte in der Kombination „nicht fremdenfeindlich und nicht neoliberal“ (1998 SPÖ 38%, Grüne 74%), diese Schwerpunkte haben sich 2003 akzentuiert (SPÖ 44%, Grüne 85%).

Fasst man die Ergebnisse zusammen, so zeigt sich Fremdenfeindlichkeit (bzw. deren Ablehnung) als ein relativ stabiles Element bei den AnhängerInnen aller Parteien, während die neoliberale Ideologie an Attraktivität verloren hat. Eine Kombination aus Fremdenfeindlichkeit gepaart mit neoliberalen Einstellungen ist 2003 nur bei den FPÖ-AnhängerInnen immer noch die am häufigsten gewählte Variante.

1998 war nicht nur unter den AnhängerInnen der beiden Rechtsparteien, sondern auch unter den SPÖ-SympathisantInnen eine starke Resonanz für Neoliberalismus zu beobachten gewesen. Bei welchen sozialen Gruppen finden nun die einzelnen Komponenten Anklang? Dieser Frage wird im folgenden Abschnitt nachgegangen.

4. Ideologie und soziale Schicht

In den Nationalratswahlen 1999 spielte das Ausländerthema eine entscheidende Rolle. Der Erfolg der FPÖ 1999 beruhte (neben dem Charisma Jörg Haiders, aber auch neben den Themen Parteifilz, Privilegien und Missbrauch in den sozialstaatlichen Institutionen) großteils darauf, dass das Ausländerthema eng mit dem Thema Sozialstaat verknüpft worden war. Diese Verknüpfung führt Ulram (2000, 221 ff.) folgendermaßen aus: Nur „echte Österreicher“ sollten am Sozialstaat partizipieren – darauf reagierten besonders frühere ÖVP-WählerInnen; dass AusländerInnen den Sozialstaat überstrapazierten – darauf reagierten wiederum frühere SPÖ-WählerInnen, während die klassischen StammwählerInnen der FPÖ ohnedies gegen AusländerInnen eingestellt sind.

Das Wählerpotential der rechtspopulistischen Parteien ist im internationalen Vergleich sehr gut durchleuchtet worden: der Durchschnittswähler ist männlich, jung und Arbeiter, lebt im städtischen Umfeld und ist im privaten Sektor tätig. Dennoch rekrutieren diese Parteien ihre WählerInnen über soziale Schichten hinweg, sind also ein Sammelbecken Unzufriedener aus verschiedensten gesellschaftlichen Milieus (Betz/Immerfall 1998; Loch 2000). So ist auch die FPÖ trotz ihres hohen Stimmenanteils unter Arbeitern 1999 noch keine „Arbeiterpartei“, neben anderen Gruppierungen wurde sie auch bevorzugt von Selbständigen gewählt.

Welchen Anklang finden 2003 die beiden zentralen Ideologien, Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus, bei den sozialen Gruppierungen in Österreich? Es werden die Berufe in vier Schichten zusammengefasst: (1) ArbeiterInnen, (2) FacharbeiterInnen, kleine Angestellte und kleine BeamtenInnen, (3) mittlere Angestellte und BeamtenInnen sowie LandwirtInnen, (4) leitende Berufspositionen und Selbständige.

Für 1998 zeigten sich zwischen den Berufsschichten keine signifikanten Unterschiede in der neoliberalen Einstellung; doch sind Fremdenfeindlichkeit und geringe demokratische Orientierung in den unteren Schichten stärker ausgeprägt. 2003 zeigt sich tendenziell dasselbe Bild: Zwischen den Berufsschichten und einer neoliberalen Einstellung zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang, bei Fremdenfeindlichkeit und Demokratieorientierung bestehen nach wie vor signifikante Zusammenhänge, die aber insgesamt schwächer geworden sind. Es hat die neoliberale Ideologie besonders unter ArbeiterInnen stark an Boden verloren (Rückgang von 60% auf 43%), ist aber auch bei kleinen und mittleren Angestellten zurückgegangen. In der Fremdenfeindlichkeit zeigt sich eine Abnahme von 12% bei den ArbeiterInnen, im Gegenzug aber interessanterweise eine Zunahme von 18% auf 28% bei den leitenden Angestellten und Selbständigen. Auch in der demokratischen Orientierung zeigt sich eine ungleiche Entwicklungstendenz: bei ArbeiterInnen und den Angestellten gibt es eine Zunahme in demokratischer Orientierung, bei den Leitenden und Selbständigen eine Abnahme.

Tab. 5: Ideologien nach Berufsschicht 1998 und 2003. Prozentangaben

	1998								2003								1998–2003
	Arbeiter	Kleine Angestellte ¹⁾	Mittlere Angestellte ²⁾	Leitende ³⁾	Gesamt	(N)	CC ⁴⁾	Sig.	Arbeiter	Kleine Angestellte ¹⁾	Mittlere Angestellte ²⁾	Leitende ³⁾	Gesamt	(N)	CC ⁴⁾	Sig.	
Hoher Neoliberalismus	60	58	54	51	55	1579	,06	n.s.	43	50	42	45	45	1672	,06	n.s.	–10
Hohe Fremdenfeindlichkeit	48	35	29	18	31	1576	,18	s.	36	33	24	28	29	1714	,10	s.	– 2
Hoher Rassismus	61	53	42	36	46	1573	,16	s.	41	39	30	33	35	1698	,10	s.	–11
Hohe Demokratieorientierung	44	55	60	70	58	1578	,15	s.	60	56	67	65	63	1691	,10	s.	+5

1) kleine Angestellte und Beamte, Facharbeiter; 2) mittlere Angestellte und Beamte, Landwirte
3) leitende Angestellte und Selbstständige; 4) CC=Kontingenzkoeffizienz, Signifikanzen χ^2 , $p < 0,01$

Tab. 6: Ideologien nach Berufsschicht 1998 und 2003. Prozentangaben

	1998					2003				
	Arbeiter	Kleine Angestellte ¹⁾	Mittlere Angestellte ²⁾	Leitende ³⁾	Gesamt	Arbeiter	Kleine Angestellte ¹⁾	Mittlere Angestellte ²⁾	Leitende ³⁾	Gesamt
– fremdenfeindlich, – neoliberal	26	26	37	44	35	42	39	49	48	45
– fremdenfeindlich, + neoliberal	26	39	34	38	34	23	28	27	23	26
+ fremdenfeindlich, – neoliberal	14	15	9	5	10	15	11	8	7	10
+ fremdenfeindlich, + neoliberal	34	20	19	13	21	20	22	15	22	19
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N	233	234	848	224	1540	327	395	620	318	1660

Chi-square=63,88
Df=9, sign., $p < 0,01$

Chi-square=29,09
Df=9, sign., $p < 0,01$

1) kleine Angestellte und Beamte, Facharbeiter; 2) mittlere Angestellte und Beamte, Landwirte;
3) leitende Angestellte und Selbstständige

Diese Befunde deuten darauf hin, dass sich die klassischen Schichtkulturen ändern; gerade in den Führungspositionen kam es zu Einstellungsänderungen – sind Eliten heute mehr fremdenfeindlich und weniger demokratisch als noch vor rund 5 Jahren? Dies müsste aber Gegenstand eigener Untersuchungen sein.

Betrachtet man nun, wie sich die Einstellungstypen bzw. Ideologie-Kombinationen aus Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus zwischen den sozialen Schichten verändert haben, so ist die Kernideologie „hoher Neoliberalismus und hohe Fremdenfeindlichkeit“, die 1998 unter den ArbeiterInnen sowie unter FacharbeiterInnen, kleinen Angestellten und BeamtenInnen am häufigsten anzutreffen war, 2003 als Schwerpunkt nicht mehr vorhanden. Entsprechend hat auch die Kombination „wenig fremdenfeindlich und wenig neoliberal“ unter den ArbeiterInnen von 26% im Jahr 1998 auf 42% im Jahr 2003 zugenommen. Auffallend ist jedoch auch hier, dass unter den leitenden Angestellten und Selbständigen die Präferenz für „fremdenfeindlich und neoliberal“, die 1998 nur 13% betragen hat, 2003 auf 22% gestiegen ist. Insgesamt ist aber der Zusammenhang zwischen Schicht und dem Einstellungstyp schwächer geworden.

Europäische Vergleichsstudien konnten zeigen, dass vor allem zwei große gesellschaftliche Gruppen von der konservativen Rechten und den Rechtspopulisten angesprochen werden konnten: einerseits ArbeiterInnen, die die Deregulierung als Chance auf mehr Arbeitsplätze sehen und daher dem Wohlfahrtsstaat zunehmend skeptisch gegenüber stehen, andererseits Teile der Mittelklasse, die ihr persönliches Fortkommen in geringeren Steuern und weniger sozialen Regulierungen gefördert sehen (Betz 2001). Diese demografischen Trends zeigten sich auch in Österreich. Es ist bemerkenswert, dass in einer relativ kurzen Phase diese Ideologien in den unteren sozialen Schichten zwischen zwei Wahlen stark abgeklungen sind.

5. Zusammenfassung und Diskussion

Ausländerfeindlichkeit hat in der gesamten Bevölkerung zwischen den beiden Beobach-

tungszeitpunkten nur unwesentlich abgenommen. Im politischen Diskurs der Parteien und Medien ist das Thema Ausländer zwar etwas in den Hintergrund getreten, ist jedoch weiterhin präsent, z.B. wenn es um die Debatten über eine angemessene Asylpolitik oder „Ausländerkriminalität“ (Drogen, Einbruchdiebstahl) geht. Ob sich durch aggressive Rhetorik nochmals eine Stimmung wie vor 1999 anheizen ließe, ist fraglich. Aktualität haben heute stärker Themen sozialer Sicherheit (Arbeitslosigkeit, Pension, Gesundheit etc), die Attraktivität neoliberaler Maßnahmen und Ideen hat in der Bevölkerung abgenommen. Die Gewinnformel aus „Ausländerfeindlichkeit plus neoliberale Politik“ (Kitschelt 1996) hat also laut diesen Ergebnissen in Österreich an Anziehungskraft verloren. Für die Zeit Ende der 90er Jahre war sie aber durchaus erfolgreich.

Es konnte gezeigt werden, dass neoliberale Einstellung und Fremdenfeindlichkeit zu beiden Zeitpunkten miteinander korrelieren, und dass daher zu Recht von einer ideologischen Verknüpfung dieser Dimensionen gesprochen werden kann; außerdem besteht eine positive Korrelation mit der Einstellungsdimension Demokratieorientierung (d.h. Personen mit geringer Demokratieorientierung neigen zu Fremdenfeindlichkeit und Neoliberalismus).

Auch SPÖ-AnhängerInnen fühlten sich, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie die AnhängerInnen der Rechtsparteien, von einer neoliberalen Ideologie angesprochen; Fremdenfeindlichkeit ist zwar traditionell unter FPÖ-AnhängerInnen am stärksten, doch sind auch die AnhängerInnen der beiden großen Parteien, SPÖ und ÖVP (etwa zu einem Drittel) fremdenfeindlichen Meinungen zugänglich. Aus dieser Perspektive scheint es gerechtfertigt, für die Zeit Ende der 90er Jahre von einem Populismus zu sprechen. 2003 rücken dann aber vor allem SPÖ- und ÖVP-AnhängerInnen von neoliberalen Haltungen ab, die FPÖ-SympathisantInnen (2003 rund auf die Hälfte reduziert) halten diesen Standpunkt aufrecht. Für eine Aktivierung von WählerInnen stellt also – außer bei den AnhängerInnen der FPÖ – eine Ausrichtung an der „Gewinnformel“ Neoliberalismus plus Ausländerfeindlichkeit keine optimale Strategie dar.

Eine Strategie à la Thatcher scheitert in Österreich zwar weniger an der ethnischen Orientierung, sondern an einer deutlichen Abwendung von neoliberalen Inhalten (besonders stark kam dies bei den Bewertungen von Staatsfunktionen zum Ausdruck).

1998 waren die AnhängerInnen der beiden traditionell rechten Lager in der Einstellungsdimension Neoliberalismus näher beisammen, als man vielleicht vermutet hätte, da die Fremdenfeindlichkeit der FPÖ (z.B. Anti-Ausländer-Volksbegehren) auffälliger war. Reinfeld (2000, 107) hat auf diesen verdeckten Zusammenhang hingewiesen, indem er von einer „doppelten Landkarte“ der FPÖ sprach: die eine sei „national-völkisch“ (in dieses Muster passt die Fremdenfeindlichkeit) und stamme aus der Nationalsozialistischen Tradition, die andere sei „neoliberal-technokratisch“ und betone ökonomischen Individualismus und Effizienz – je nach Situation, kann die eine oder andere Seite hervorgekehrt werden. Rückblickend können wir feststellen, dass der FPÖ tatsächlich große parteiinterne Spannungen aus diesem Gegensatz erwachsen sind, die nicht zuletzt zu ihrer Spaltung beigetragen haben (eine Entwicklung, die erst nach Abfassen dieses Artikels eingetreten ist).

1998 waren noch rund ein Drittel der ArbeiterInnen sowohl fremdenfeindlich als auch neoliberal eingestellt. 2003 geht dieser Anteil auf ein Fünftel zurück, womit sie sich nicht mehr von den anderen sozialen Gruppen unterscheiden. Dieselbe Tendenz bzw. Veränderung zeigte sich auch in der demokratischen Einstellung. Der allgemein in der Wahlforschung festgestellte Schwerpunkt des Rechtspopulismus in der Arbeiter- bzw. Unterschicht hat sich 1998 für Österreich bestätigt, 2003 ist er jedoch in dieser starken Verankerung nicht mehr nachzuweisen. Auch hierin wird also deutlich, dass von einer ideologischen Hegemonie nicht mehr gesprochen werden kann.

ANMERKUNGEN

- 1 Wir danken dem/der Gutachter/in für die kritische Auseinandersetzung mit dem Manuskript, für substantielle Hinweise und wertvolle Anregungen.

- 2 Die Feldarbeit wurde vom Institut für empirische Sozialforschung (Ifes) durchgeführt; die Datensätze sind in der österreichischen Datenbank WISDOM zugänglich.
- 3 Zum Zeitpunkt der Erhebung 2003 stand die Privatisierung der Voest im Blickpunkt der Öffentlichkeit – was sich auf die Antworten zu den Staatsfunktionen ausgewirkt haben kann, die Themen Gesundheit und Pension standen aber erst 2004 voll zur Diskussion. Es könnte sich auch die damalige Diskussion über parteimotivierte Einflussnahme auf den ORF (Besetzung des Kuratoriums) auf die – 2003 deutlich kritischere – Haltung gegenüber Einflussnahmen der Regierung auf das Fernsehen ausgewirkt haben.
- 4 CFI (Comparative Fit Index); das erzielte Modell wird mit dem Basismodell (Kovarianzen zwischen allen Variablen werden mit 0 angenommen) verglichen. Zur Berechnung des CFI wird eine Korrektur des Chi² mit den Freiheitsgraden (df) durchgeführt. Der CFI hat den Wertebereich von 0 (schlechter Fit) bis 1 (sehr guter Fit), ab einem Wert von 0,95 spricht man von einer sehr guten Anpassung. Die konfirmatorische Faktorenanalyse ist ein Verfahren zur Datenreduktion (im Gegensatz zur explorativen Faktorenanalyse wird festgelegt, welche manifesten Variablen die postulierten Faktoren messen sollen).

LITERATURVERZEICHNIS

- Alba, Richard/Peter Schmidt/Martina Wasmer (Hg.) (2000). *Deutsche und Ausländer. Freunde, Fremde oder Feinde*, Wiesbaden.
- Betz, Hans-Georg (1994). *Radical Right Wing Populism in Western Europe*, Basingstoke u.a.
- Betz, Hans-Georg (2001). *Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie*, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt, 167–185.
- Betz, Hans-Georg (2003). *The Growing Threat of the Radical Right*, in: Peter H. Merkl/Leonard Weinberg (Hg.): *Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century*, London, 74–93.
- Betz, Hans-Georg/Stefan Immerfall (1998). *The New Politics of the Right: Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*, New York.
- Eckhardt, William (1991). *Authoritarianism*, in: *Political Psychology*, 12, 96–124.
- Frölich-Steffen, Susanne (2004). *Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33 (4), 281–296.
- Gamble, Andrew (1988). *The Free Economy and the Strong State. The Politics of Thatcherism*, London.

- Gerlich, Peter (1991). Politische Kultur der Subsysteme, in: Herbert Dachs et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems in Österreich, Wien, 457–465.
- Giddens, Anthony (1994). *Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics*, Cambridge u.a.
- Grausgruber, Alfred (2005). „Mehr privat – weniger Staat“. Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates in Österreich, in: Wolfgang Schulz/Max Haller/Alfred Grausgruber (Hg.): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986–2004, Wiesbaden, 461–486.
- Hall, Stewart/Martin Jaques (Hg.) (1989). *New Times: The Changing Face of Politics in the 1990s*, London.
- Heitmeyer, Wilhelm (2001). Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt, 497–534.
- Karlhofer, Ferdinand/Josef Melichor/Hubert Sickinger (Hg.) (2001). Anfallsfall Österreich: Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft, Sonderheft der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft, Wien.
- Kitschelt, Herbert (1994). *The Transformation of the European Social Democracy*, New York.
- Kitschelt, Herbert (1996). *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor/Mich.
- Lebhart, Gustav/Rainer Münz (1999). Die Österreicher und ihre ‚Fremden‘, in: Heinz Fassmann/Helga Matuschek/Elisabeth Menasse (Hg.): Abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen? Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration, Klagenfurt, 15–32.
- Lipset, Seymour M. (1960). *Political Man: The Social Basis of Politics*, London.
- Loch, Dietmar (2000). Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien: ‚Geschlossen‘ gegen die ‚offene Gesellschaft‘, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt, 463–496.
- Luther, Kurt R. (2003). The FPÖ: From Populist Protest to Incumbency, in: Peter H. Merkl/Leonard Weinberg (Hg.): *Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century*, London, 191–219.
- Merkl, Peter, H. (2003). Stronger than Ever, in: Peter H. Merkl/Leonard Weinberg (Hg.): *Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century*, London, 23–46.
- Müller, Wolfgang, C. (2004). ‚Business as usual‘ mit getauschten Rollen oder Konflikt- statt Konsensdemokratie? Parlamentarische Beziehungen unter der ÖVP-FPÖ Koalition, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33 (4), 309–326.
- Oesterreich, Detlef (1993). Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West, Weinheim.
- Ogris, Günther (1999). Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zur Demokratie, in: Manuela Delpas (Hg.): *Demokratietheorie und Demokratieverständnis in Österreich. Forschungsbericht für das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr*, Wien, 170–223.
- Pelinka, Anton (2002). Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31 (3), 281–290.
- Pelinka, Anton/Fritz Plasser/Wolfgang Meixner (Hg.) (2000). *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen, Szenarien*, Wien.
- Picker, Ruth/Brigitte Salfinger/Eva Zeglovits (2004). Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der empirischen Wahlforschung: Eine Langzeitanalyse (1986–2004), in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33 (4), 263–280.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram (1995). Wahltag ist Wahltag. Populistischer Appell und Wählerprotest in den achtziger Jahren, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 24 (2), 151–164.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram/ Gilg Seeber (1996). (Dis-)Kontinuitäten und neue Spannungslinien im Wählerverhalten: Trendanalysen 1986–1995, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Günter Ogris (Hg.): *Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995*, Wien, 155–209.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram (2000). Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Franz Sommer (Hg.): *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien, 225–241.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram (Hg.) (2003). *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, 28, Wien.
- Reinfeldt, Sebastian (2000). *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien.
- Schulz, Wolfgang/Johann Kerschbaum/Nadja Lamei (2003). Nationalratswahl 2002, Forschungsbericht aus dem Methodenlabor 2002/03 des Instituts für Soziologie der Universität Wien, Wien.
- Scott, Alan (2001). Die nachgeholte Reaktion? GB 1979 – Ö 2000, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 26 (3), 26–45.
- Sidanius, Jim/Felicia Pratto (1993). Racism and Support of Free-Market Capitalism: A Cross-Cultural Analysis, in: *Political Psychology*, 14, 381–401.
- Tálos, Emmerich (1993). Umbau des Wohlfahrtsstaates. Konträre Begründungen und Optionen, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 22 (1), 37–55.
- Ulram, Peter A. (1990). *Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich*, Wien.
- Ulram, Peter A. (1991). Politische Kultur der Bevölkerung, in: Herbert Dachs et al. (Hg.): *Handbuch des politischen Systems in Österreich*, Wien, 466–474.

- Ullrich, Peter A. (2000). Sozialprofil und Wahlmotive der FPÖ-Wähler: Zur Modernität des Rechtspopulismus am Beispiel des Phänomens Haider, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Schatten-seiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt, 206–226.
- Vester, Michael/Peter v. Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Hermann/Dagmar Müller (1993). Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln.
- Weiss, Hilde (2004). Nation und Toleranz? Empirische Studien zu nationalen Identitäten in Österreich, Wien.
- Weiss, Hilde (2000). Stereotyp und Attribution ethnischer Gruppen in Österreich: Komponenten des Vorurteils und soziale Hintergründe. Forschungsbericht für das Bundesministerium für Wissenschaft, Wien.

AUTORINNEN

Wolfgang SCHULZ ist Univ.-Professor am Institut für Soziologie der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Sozialer Wandel, Lebensqualität, Sozialstrukturforschung und Familiensoziologie.

Kontakt: Institut für Soziologie, Universität Wien, Rooseveltplatz 2, A-1090 Wien.
E-mail: wolfgang.schulz@univie.ac.at

Hilde WEISS ist a. o. Univ.-Professorin am Institut für Soziologie der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Ethnische Minderheiten, Nationalismus und nationale Identität, politische Soziologie.

Kontakt: Institut für Soziologie, Universität Wien, Rooseveltplatz 2, A-1090 Wien.
E-mail: hildegard.weiss@univie.ac.at